



Mit Blick auf die anstehende Pflege-Reform haben sich (v. l.) der CDU-Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus und sein Kollege Jens Spahn, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mit Andreas Westerfellhaus getroffen. Der Rheda-Wiedenbrücker ist Präsident des Deutschen Pflegerats und Geschäftsführer der ZAB in Gütersloh.

Pflege-Ausbildungen verknüpfen

Kreis Gütersloh (gl). In Pflegeeinrichtungen, Seniorenheimen und Krankenhäusern werden die Fachkräfte knapp. Dabei versprechen die Berufe im Gesundheits- und Pflegebereich hohe Beschäftigungschancen für die Zukunft.

Darüber haben Andreas Westerfellhaus, der Präsident des Deutschen Pflegerats und Geschäftsführer der Zentralen Akademie für Berufe im Gesundheitswesen (ZAB) in Gütersloh, und Jens Spahn, der gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, diskutiert. Spahn war auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus zu Gast in der ZAB. Schwerpunkte des Gesprächs waren die Ausbildungssi-

tuation, der Fachkräftemangel, Weiterbildungsmöglichkeiten und die Entbürokratisierung.

„Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen für die Pflegekräfte sowie für deren Ausbildung so zu verbessern, dass die Berufe für junge Menschen attraktiv sind“, mahnte Westerfellhaus. Derzeit gäbe es drei Ausbildungsgänge: Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Kinderpflege. Sinnvoll und notwendig sei die Zusammenführung dieser Ausbildungsgänge. Nicht nur, um den Absolventen mehr berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, sondern auch, weil zum Beispiel ältere Menschen sowohl im Krankenhaus, in Pflegeeinrichtungen, in

ambulanten Diensten oder in neuen Wohnformen gepflegt würden, so Westerfellhaus.

Eine Forderung, der Jens Spahn angesichts des wachsenden Aufgabenspektrums im Pflegebereich nur zustimmen konnte: „Verlässliche Versorgung für Patienten und Pflegebedürftige ist nur durch qualifiziertes Fachpersonal sicherzustellen.“ Der Qualitätsdruck für die Beschäftigten und die Nachfrage nach Weiterbildungsmöglichkeiten werde sich in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Zum Thema Bürokratieabbau in der Pflege kündigte Spahn an, dass ein Ombudsmann als Ansprechpartner für alle Beteiligten der Pflege-Reform berufen werde.